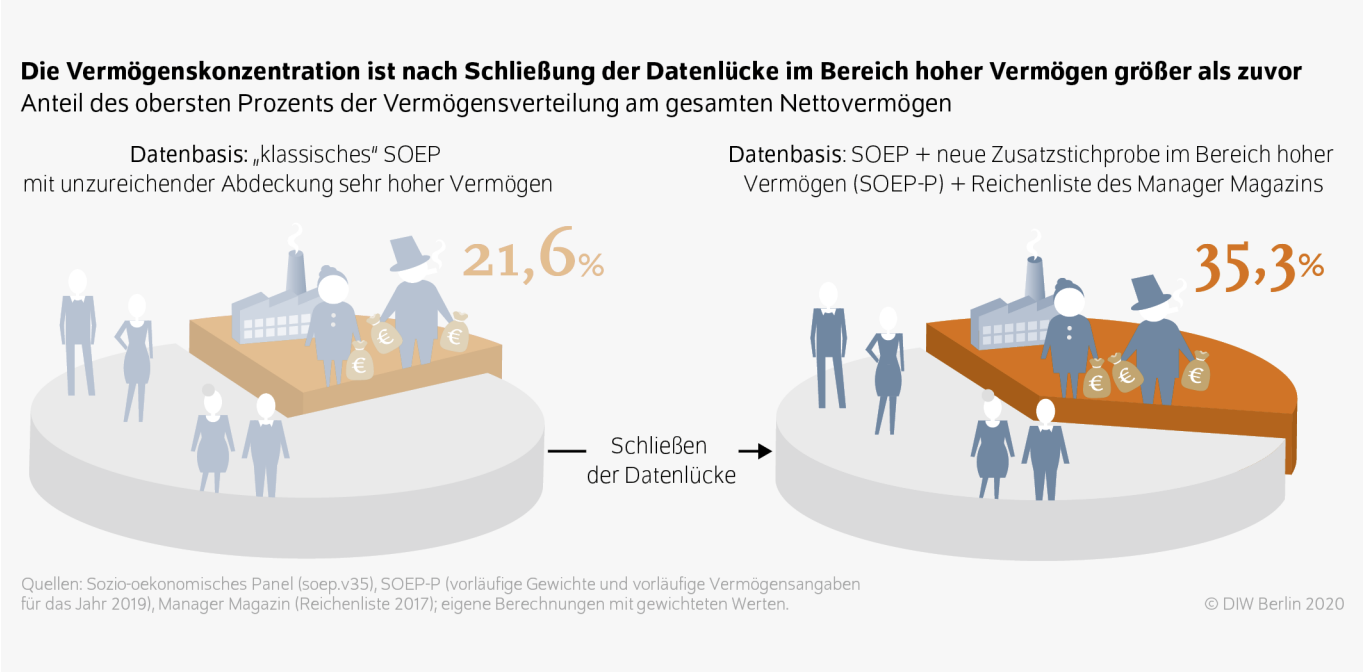
„Vermögen in Deutschland viel ungleicher verteilt als bisher angenommen“ – so betitelt der SPIEGEL einen Kurzartikel zu einer neuen DIW-Studie, die heute öffentlich vorgestellt wird, und zitiert einen der Autoren mit den Worten: „Wir sehen jetzt erstmals ein realistischeres Bild von der Verteilung am oberen Rand“. Diese Aussage ist erstaunlich, kam das DIW in einer Sonderstudie aus dem Jahre 2012 doch so ziemlich genau zu diesen Ergebnissen. Darüber berichteten die NachDenkSeiten bereits 2012 ausführlich und nutzen diese Zahlen seitdem immer wieder, um auf die krasse Schere bei der Vermögensverteilung aufmerksam zu machen. Diese Studie und deren Methodik waren auch Grundlagen für den Datenteil meines 2014 erschienenen Buches „Wem gehört Deutschland?“, in dem ich die Methodik noch ein wenig verfeinert habe. Die jetzt als neu angepriesenen Zahlen sind also nicht wirklich neu. Damals ist nichts passiert, heute wird wohl leider auch nichts passieren. Dennoch sind diese Zahlen wichtig für die politische Debatte. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/200715_Vermoegensverteilung_eine_neue_DIW_Studie_deren_Ergebnisse_nicht_wirklich_neu_aber_wichtig_sind_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download



Wenn es um die Vermögensverteilung geht, gibt es am oberen Ende der Vermögensskala ein

„schwarzes Loch“. Während die Statistiker von den von Amts wegen gut durchleuchteten Hartz-IV-Empfängern so ziemlich jede Kleinigkeit wissen, bewegt sich das oberste Prozent der Vermögensverteilung in statistischem Neuland. Das Statistische Bundesamt sortiert Datensätze mit besonders hohen Einkommen – und das trifft auf die Vermögenden meist zu – als „statistische Ausreißer“ aus den offiziellen Erhebungen aus und Studienreihen wie das berühmte SOEP des DIW basieren auf freiwilligen Interviews und haben nur sehr, sehr wenige reiche und gar keine superreichen Studienteilnehmer. Dieser Umstand ärgert das DIW schon lange und daher hatte es 2012 unter Leitung von Stefan Bach eine Sonderstudie erstellt, in der erstmals öffentlich zugängliche Informationen über die „Superreichen“, wie sie z.B. in der Forbes-Liste und der Top 300 des Manager Magazins zu finden sind, in den Datensatz des SOEP integriert werden. Interessanterweise blieb dieser Ansatz ein singuläres Ereignis und spätere Studien des DIW haben die eigenen Erkenntnisse mehr oder weniger elegant ignoriert.

Bei der Arbeit zu meinem Buch „Wem gehört Deutschland?“ habe ich diese Daten, die sich auf das Bezugsjahr 2007 beziehen, in einer aktualisierten Form als Grundlage genommen und sie nach einem statistischen Verfahren mit den damals aktuellen offiziellen statistischen Daten von Bundesbank und EZB kombiniert. Wissenschaftlich ist dies aufgrund der unterschiedlichen Datenbasis und des abweichenden Bezugsjahrs natürlich unsauber, aber für einen Überblick, wie ungleich die unterschiedlichen Vermögensarten in Deutschland verteilt sind, ergab diese Auswertung ein erstaunliches Bild, das fast die gleichen Zahlen wie die DIW-Studien aus 2012 und 2020 liefern, die sich auf das Gesamtnettovermögen beziehen.

Tabelle 2: Anteile am Nettogesamtvermögen im SOEP und nach Hinzunahme zusätzlicher Daten

In Prozent

	SOEP			SOEP + Zusatzstichprobe im Bereich hoher Vermögen (SOEP-P)			SOEP + SOEP-P + Reichenliste Manager Magazin		
	untere Grenze	Schätzung	obere Grenze	untere Grenze	Schätzung	obere Grenze	untere Grenze	Schätzung	obere Grenze
Top-10-Prozent (oberste zehn Prozent der Vermögensverteilung)	57,1	58,9	61,2	62,3	64,1	66,1	65,6	67,3	68,9
Top-5-Prozent	41,4	43,9	46,7	48,0	50,6	53,2	52,6	54,9	56,9
Top-1-Prozent	18,5	21,6	25,1	25,8	29,0	32,4	32,1	35,3	37,9
Top-0,1-Prozent	4,6	7,3	10,7	9,8	12,8	15,8	17,5	20,4	23,0

Anmerkung: Bei der „unteren Grenze“ und „oberen Grenze“ handelt es sich um die Spanne eines Bootstrap-Konfidenzintervalls mit 500 Replikationen. Die Informationen aus der Reichenliste des Manager Magazins beziehen sich auf die 700 reichsten Einzelpersonen in Deutschland.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (soep.v35), SOEP-P (vorläufige Gewichte und vorläufige Vermögensangaben für das Jahr 2019), Manager Magazin (Reichenliste 2017); eigene Berechnungen mit gewichteten Werten.

So kam die DIW-Studie aus dem Jahre 2012 zu dem Ergebnis, dass zwei Drittel (66,6%) des Volksvermögens den obersten zehn Prozent der Haushalte gehören. So ziemlich genau auf diese Zahl (67,3%) kommt die aktuelle Studie auch. Bislang ist man offiziell von „nur“ 59% ausgegangen. Für das oberste Prozent kam man damals auf 35,7%. Offiziell geht man hier übrigens von 22% aus. Die aktuelle DIW-Studie beziffert den Anteil immerhin auf 35,3%. Beim obersten Promille kam man damals auf 22,5%, heute sind es laut DIW „nur noch“ 20,4%. Hier ist die Abweichung zur offiziellen Zahl, die nur 7,3% beträgt, am größten. Der Unterschied zwischen den Zahlen von 2012 und denen von 2020 ist wohl weniger dem Bezugsjahr als mehr der Methodik geschuldet. Während man sich 2012 auf Hochrechnungen verlassen musste, hatte das DIW nun Zugriff auf die Unternehmensdatenbank Orbis und somit einen sehr reichen Datenschatz. Das DIW hat sich dann jedoch bei der Auswertung auf Stichproben verlassen und auch hier ist anzunehmen, dass selbst innerhalb der Gruppe der Reichen die „Superreichen“ eher weniger geneigt waren, einem Interviewer des DIW genauen Einblick in ihre Vermögensverhältnisse zu geben. Welche Zahl nun der realen Situation näher kommt, ist also offen. Die Unterschiede sind jedoch marginal und taugen nicht, um als „neue Erkenntnis“ verkauft zu werden.

Nach den von mir für das Buch ermittelten Zahlen besitzen die reichsten 40.000 Haushalte mehr als 16-mal so viel wie die unteren 20 Millionen Haushalte zusammen. Beim DIW beträgt der Faktor nicht 16, sondern 15 … auch das ist extrem und sollte in der politischen und gesellschaftlichen Debatte einen hohen Stellenwert haben.

Das erhoffen sich auch die Autoren der Studie, flankieren diese Zahlen jedoch mit verstörenden Aussagen. Unter dem Motto „Lieber Armen helfen als Reiche besteuern“ kommt Studienleiter Grabka zu dem vollkommen unverständlichen Schluss, dass eine Vermögensteuer an der Verteilung „wenig ändern“ würde und daher „nicht die Lösung des Problems sei“. Stattdessen empfiehlt das DIW Beihilfen zum Vermögensaufbau für Ärmere. Das ist ja auch eine gute Idee, nur fragt man sich unwillkürlich, mit welchem Geld der Staat diesen Vermögensaufbau finanzieren soll – denn mit Kleinklein ist hier kein Ergebnis zu erzielen, wie die Zahlen unmissverständlich zeigen. Ein – wenn auch sehr zaghafter – Vorstoß zu einer Vermögensteuer kommt interessanterweise ausgerechnet vom DIW selbst. Stefan Bach beziffert den realistischen Erlös aus einer umsetzbaren Vermögensteuer auf 15 Milliarden Euro. Das wäre doch ein – wenn auch kleiner – Anfang, mit dem man den Vermögensaufbau der nicht Vermögenden finanzieren könnte. Reichen wird das aber nicht. Bei 20 Millionen Haushalten wären dies gerade einmal 750 Euro pro Jahr.

Die seltsam anmutende Kommentierung der Studie durch das DIW ist sicherlich kein Zufall. Auftraggeber der Sonderstudie ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und mit diesem Auftraggeber will man es sich sicherlich auch nicht verscherzen.

Werden die neuen DIW-Zahlen die längst überfällige Debatte über die Vermögensverteilung in Deutschland anfachen? Das ist unwahrscheinlich. Auch die ganz ähnlichen Zahlen der Sonderstudie aus dem Jahr 2012 verhallten nahezu ungehört. Dass die Zahlen aus meinem Buch nicht wahrgenommen wurden, versteht sich von selbst. Aber auch andere Studien wurden ignoriert – wie beispielsweise eine DIW-Studie im Auftrag der Hans Böckler Stiftung aus dem Jahre 2015, die ebenfalls zu vergleichbaren Zahlen kommt. Die großen Medien berichteten eine Woche und dann geriet das Thema wieder in Vergessenheit und politisch werden diese Zahlen ohnehin von allen Parteien außer der Linken nicht wahrgenommen. Wo sind eigentlich die Gewerkschaften, die diese Steilvorlage verwandeln könnten? Wo ist die SPD, die ja zumindest in ihrem Programm immer noch eine gerechtere Verteilung der Vermögen anstrebt? Nun hat man die aktuellen Zahlen und die haben sogar ein „DIW-Prüfsiegel“ und sind damit fast „offiziell“. Was braucht es noch?

Titelbild: sirirak kaewgorn/shutterstock.com